

GUSTE ZORNE R

Macht

*. Fpa%hW®

für Friede» »n<A l

über die Aufgaben unserer Partei
zur Verwirklichung der Gleichberechtigt

Am 8. März, Internationalen Frauentag, demonstrieren Millionen Frauen in allen Ländern der Welt ihren Willen, für die Erhaltung des Friedens mitzukämpfen.

Am 8. März haben unsere Parteileitungen die Frage gestellt, wie sie in der Deutschen Demokratischen Republik aktiv in das Weltfriedensbewusstsein und die wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung in unserer antifaschistisch-demokratischen Bewegung erlangen, die ihnen schon auf Grund ihres Anteils an der Bevölkerungszahl zukommt.

Mehr Frauen in die Produktion!

Eine der wichtigsten Voraussetzungen unseres Kampfes um den Frieden ist die Erfüllung unseres Fünfjahrplans. Um diesen gewaltigen Plan zu erfüllen, ist es notwendig, die Gesamtzahl der Beschäftigten um 890 000 Personen — d. h. auf 113% gegenüber 1950 — zu erhöhen. Walter Ulbricht sagte dazu in seinem Referat auf dem III. Parteitag:

„Der große Bedarf an Arbeitskräften macht eine Erhöhung des Prozentsatzes der arbeitenden Frauen notwendig. Im Vergleich zu 1950 wird der Prozentsatz der arbeitenden Frauen in der gesamten Volkswirtschaft von 37 Prozent auf 42 Prozent und in der volkseigenen Industrie von 33,3 Prozent auf 42 Prozent erhöht. Die breitere Heranziehung der Frauen zur Arbeit muß mit der stärkeren Berufsausbildung der Frauen und ihrer Qualifizierung verbunden werden.“

Hieraus ergibt sich für unsere Parteileitungen die Aufgabenstellung; sie sollen dabei helfen, mehr Frauen in den Produktionsprozeß einzureihen.

Bei seiner Analyse des Berichtes der Staatlichen Plankommission über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1950 (ND vom 17. Februar 1951) stellte der Genosse Heinrich Rau fest, daß bei der Arbeitskraftlenkung die Eingliederung von Frauen in den Produktionsprozeß ungenügend beachtet wurde und daß auch nicht die erforderlichen Maßnahmen zur Umschulung durchgeführt wurden. Die fachliche Weiterentwicklung der Frauen wird keinesfalls entsprechend ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten in Angriff genommen.



Frauenfragen — Sache der Gesamtpartei

Aus diesen festgestellten Mängeln sollten von Parteileitungen unserer Partei die Lehren ziehen und das Problem der Einbeziehung der Frauen in das gesellschaftliche und politische Leben vor der gesamten Parteileitung behandeln. Eine solche kollektive Behandlung der Frauenfragen im Sekretariat der Landesleitungen ist eine Voraussetzung dafür, daß auch die Kreisleitungen, in denen die Frauenabteilungen aufgelöst wurden, die Frauenfragen endlich zu einer Angelegenheit der ganzen Leitung machen.

Das Beispiel des Instrukteurkollektivs der Landesleitung Thüringen in der Kämmgarnspinnerei Niederschmalkalden (Werra) — siehe „Neuer Weg“ Heft 23/50 — zeigt, welche großen Möglichkeiten bestehen, wenn die Landesleitungen sich auf diese Weise richtig mit dem Problem der Frauenarbeit befassen. Die Landesleitung Thüringen hat die Erfahrungen in der Werra-Spinnerei zum Anlaß genommen, um systematisch weitere 36 Betriebe der VEB Textil zu untersuchen und festzustellen, ob die vorhandenen Möglichkeiten der Weiterentwicklung von Frauen auch ausgenützt werden.

Bei dieser Kampagne konnten rund 300 Frauen auf höhere Funktionen befördert werden, darunter vier Frauen als Betriebsassistenten, zwei Frauen als Leiterinnen des TAN-Büros und 27 als TAN-Sachbearbeiterinnen. Für den Besuch der Ingenieurschule wurden drei Frauen und für die Arbeiter- und Bauernfakultät eine gewonnen. Als Ausbilderinnen in den Lehrwerkstätten konnten 26 Kolleginnen eingesetzt werden, die nunmehr ihre Geschicklichkeit und ihre Kenntnisse dem Nachwuchs vermitteln können.

Diese planmäßige Arbeit darf natürlich nicht nur auf das Land Thüringen und auch nicht nur auf Textilbetriebe beschränkt bleiben. Es müssen auch andere Zweige unserer Volkswirtschaft — z. B. unsere Werften, die eine große Frauenbelegschaft haben — dazu übergehen, mehr Frauen zu qualifizieren. Unsere Parteiorganisationen in den Betrieben haben sich bisher zu wenig um diese Aufgabe gekümmert. Hier sollte die Parteiorganisation im Betrieb die Genossen in der BGL anleiten, einen Plan aufzustellen, der genau festlegt, wie die Frauen im Betrieb beruflich gefördert werden können und welche von ihnen zur Verwendung in höheren Funktionen vorzusehen sind.